

Hintergrund: Zivilklausel gegen Rüstungsforschung

Eine Klausel im Rechtswesen ist eine genau definierte Einzelbestimmung in Vertragswerken oder Gesetzen, die aus einer Bedingung oder Option besteht. Im vorliegenden Fall geht es um die gesetzliche Bedingung, daß die Forschung ausschließlich friedlichen (zivilen) Zwecken dient und demzufolge militärische Forschung oder zivilmilitärische Forschung (dual use) ausgeschlossen ist.

An der Technischen Universität Braunschweig (Pockelsstraße 11, Haus der Wissenschaft) findet vom 27. bis 29. Mai die Konferenz »Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre– Ja zur Zivilklausel« statt. Weltweit arbeiten 1,1 bis 1,5 Millionen Menschen im Rüstungsforschungsbereich. 100 bis 120 Milliarden US-Dollar werden jährlich in Forschung und Entwicklung investiert, davon 25 Milliarden im »public sector« – in der BRD sind es fünf bis sieben Milliarden Euro. 90 Prozent der Ausgaben werden in den sogenannten entwickelten Ländern ausgegeben, zwei Drittel davon in den USA und Rußland. 50 Prozent der US-Ingenieure werden vom Pentagon finanziert. 61 Prozent aller US-Forschungsausgaben haben militärische Zwecke (dual use).

Beispiele für Rüstungsforschung an Universitäten in Deutschland:

- Die Universität Freiburg macht Werbung für die Freiburger Waffenfirma LITEF und läßt sich von ihr sponsern. Der zum US-Konzern Northrop Grumman gehörende Betrieb rüstet das Aufklärungsflugzeug Tornado ECR aus.
- An der Freien Universität Berlin gibt es den Sonderforschungsbereich 700: Im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums wurde hier eine Studie zu Afghanistan erstellt.
- An der Universität Karlsruhe konnte das Militärforschungsprogramm »Cognitive Radio« aufgedeckt werden. Es handelt sich um ein rechnergestütztes Breitbandkommunikationssystem für multinationale Interventionstruppen und für unbemannte »kognitive« Landfahrzeuge.
- Von 2001 bis 2004 wurde wehrmedizinische Forschung an der Uni Düsseldorf finanziert.

Militär unerwünscht

Konferenz in Braunschweig: An den Hochschulen formiert sich Widerstand gegen die Rüstungsforschung

Von Claudia Wangerin

An etwa 40 deutschen Hochschulen wird Rüstungsforschung betrieben, oftmals in Bereichen, in denen man es auf den ersten Blick nicht sieht und nicht einmal jeder Beteiligte davon weiß.

Studierende und Wissenschaftler sehen das zunehmend kritisch: »Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre – Ja zur Zivilklausel« ist das Motto einer Konferenz von Studierenden, den Gewerkschaften ver.di und GEW sowie Organisationen der Friedensbewegung, die am heutigen Freitag in der Technischen Universität Braunschweig beginnt.

Gemeint ist mit »Zivilklausel« die Verpflichtung der Hochschulen auf friedliche Forschung und Lehre. »Die einzelne Universität verankert per Beschluß ihres höchsten Gremiums in der Satzung, daß Forschung und Lehre ausschließlich zivil erfolgen sollen«, erläutert Reiner Braun von der Organisation IALANA (Internationale Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen).

Von Konzernen wie Daimler und der European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) wird Rüstungsforschung natürlich erst einmal in eigenen Labors durchgeführt. Darüber hinaus beteiligen sich Institute und Fakultäten staatlich finanzierter Hochschulen an militärischen Forschungsprogrammen. Eine intensive Zusammenarbeit besteht in Deutschland zum Beispiel zwischen den Kasseler Rüstungsschmieden Krauss-Maffei/Wegmann sowie Rheinmetall Defence und der Universität Kassel, unter anderem durch einen Forschungsauftrag der Europäischen Verteidigungsagentur zur Entwicklung unbemannter, »kognitiver« Kampfmaschinen. Damit sollen im Kriegsfall die Verluste unter den eigenen Soldaten minimiert werden.

Eine Frage des Geldes

Reiner Braun sieht einen Grund für die enge Kooperation zwischen Rüstungsindustrie und Hochschulen in deren Unterfinanzierung: »Drittmittel sind in den neoliberal gewendeten Hochschulen für die Forschung überlebenswichtig und notwendig; sie werden ohne ethische Auswahl als Sachnotwendigkeit akzeptiert«, so Braun.

Zu den Veranstaltern der Konferenz in Braunschweig gehören auch Initiativen wie das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren, die eine radikale Umverteilung von Geldern zugunsten der Bildung und zu Lasten der Rüstung fordern. Reiner Braun nimmt am Sonntag mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Ulrich Thöne, und der Maschinenbaustudentin Nadja Brachmann an der Podiumsdiskussion »Handeln für den Frieden« teil.

Erste Erfolge können bereits Friedensaktivisten im Hochschulbereich vorweisen: An den Universitäten Karlsruhe und Köln haben sich die Studierenden in Urabstimmungen für eine Zivilklausel ausgesprochen, in der Universität Tübingen wurde sie im Zuge des Bildungsstreiks 2009 durchgesetzt und im September 2010 rechtskräftig. In Bremen positionierte sich die Bürgerschaft im Mai 2011 mit breiter Mehrheit für eine Selbstverpflichtung der Hochschulen, die Forschung für militärische Zwecke ausschließen soll. Zwei Monate, nachdem die Fraktion Die Linke den Entschließungsantrag eingebracht hatte, reagierte Rot-Grün und zog mit einem eigenen Antrag nach, der mit den Stimmen von Koalition und der Linken verabschiedet wurde.

Kontrolle ist besser

Die Technische Universität Berlin hat schon seit 1991 eine Zivilklausel, auf deren Einhaltung jedoch immer wieder gepocht werden muß: Der akademische Senat beschloß damals »Maßnahmen zur Verhinderung von Rüstungsforschung an der TU Berlin«, der auf den alliierten Bestimmungen beruht. Er wurde einstimmig angenommen und ist unverändert gültig. Dennoch mußte der Allgemeine Studierendenausschuß im April 2009 gegen

Forschungsprojekte in den Bereichen Sicherheit und Wehrmedizin protestieren, die vom Verteidigungsministerium finanziert und durch eine Bundestagsanfrage der Partei Die Linke bekannt geworden waren. Der AStA warf der sich ahnungslos gebenden Universitätsleitung Verstöße gegen die Zivilklausel und Verheimlichung vor.

Die Konferenz in Braunschweig soll dazu dienen, »Informationen zur Militarisierung der Hochschulen zusammenzutragen und den Erfahrungsaustausch über die vielfältigen Formen des Widerstands zu ermöglichen«, so die Veranstalter in ihrem Einladungstext.

An den Schulen richten sich die Begehrlichkeiten des Militärs unterdessen auf das noch nicht durch High-tech ersetzbare Menschenmaterial. Gegen die Nachwuchswerbung der Bundeswehr haben sich in den letzten Jahren bundesweit mehrere Initiativen von Schülern, Lehrern und Eltern gegründet.

Neues Deutschland 27.5.2011

Zivilklausel für Universitäten?

***Reiner Braun über Militärforschung an deutschen Hochschulen /
Braun ist Geschäftsführer der Deutschen Sektion von Juristen
gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA)***

1 Dieses Wochenende wird an der TU Braunschweig ein kritischer Kongress zur Militärforschung abgehalten. In welchen Studienbereichen und an welchen Hochschulen wird für den Krieg geforscht?

An 27 Hochschulen gibt es Rüstungsforschung. Zum einen in den naturwissenschaftlichen Fächern Physik, Elektronik und Informatik, zum anderen wird etwa Global Governance unter Militärgesichtspunkten untersucht sowie die psychologische Einstellung von Soldaten. Ein großer Bereich ist die wehrmedizinische Forschung. Im Kern wird an den naturwissenschaftlich-technischen Hochschulen wie etwa an der TU München und dem neuen Karlsruher Institut für Technologie Militärforschung betrieben.

1 Welches Interesse haben die Hochschulleitungen daran?

Entscheidendes Interesse ist die neoliberale Abhängigkeit von Drittmitteln. Hochschulen nehmen Gelder des Verteidigungsministeriums, das sind pro Jahr rund 1,1 Milliarden Euro, bereitwillig entgegen. Die Unterfinanzierung der Hochschulen ist ein gesellschaftliches Problem und nicht dadurch lösbar, dass man Kriegsforschung betreibt.

1 Welche Rolle spielen dabei die Rüstungskonzerne?

Es gibt Direktaufträge von Konzernen wie Daimler Benz im militärischen Autobereich und von Elektronikunternehmen. Deutschland hat anders als etwa die USA und Frankreich so gut wie keine reinen Rüstungskonzerne, sondern es gibt Konzerne, die auch Rüstung betreiben: Siemens, Daimler Benz und die Elektronikkonzerne. Deswegen ist oft nicht auf den ersten Blick sichtbar, ob es sich bei den Konzerngeldern um Mittel für Rüstungsforschung handelt.

1 Gibt es Hinweise auf militärische Geheimforschung?

Es fliegen immer wieder Sachen auf, wie beim Fraunhofer Institut. Direkt an den Hochschulen weniger, denn es ist nach wie vor schwierig, dort Forschung geheim zu halten. Bei einigen Instituten ist das einfacher. Dort sind wir auf Tendenzen und Hinweise angewiesen. Es gibt selten Menschen, die bewusst aussteigen und es dann bekannt machen.

1 Gegen die Militärforschung fordern Sie die Einführung einer Zivilklausel, wonach sich Hochschulen zur zivilen Forschung und Lehre verpflichten.

In den 80er Jahren, zur Zeit des Widerstandes gegen die Atomraketen, haben sich Hochschulen für die Zivilklausel entschieden. Ca. zehn Hochschulen haben sie und es gibt weitere Anträge. Die Widerstände dagegen sind relativ stark. Es wird moniert, dass dies eine Einschränkung der Freiheit von Wissenschaft und Forschung sei, was es aber nicht ist. Zudem wehren sich Hochschulen gegen einen Eingriff in Drittmittelforschung. Die Bewegung für eine Zivilklausel ist noch nicht stark genug, diese an vielen Hochschulen durchzusetzen.

1 Wie groß sind denn die Proteste gegen Militärforschung?

Ich bin überrascht, was sich jetzt entwickelt. Die Friedensfrage hat an Hochschulen in den letzten zehn Jahren kaum eine Rolle mehr gespielt. In Bremen haben sich aber 60 Professoren mit der Zivilschutzklausel und dem Protest gegen einen militärisch ausgerichteten Lehrstuhl verbunden. Wir brauchen eine Ausweitung der studentischen Bewegung für Urabstimmungen zur Zivilklausel. Diese war in Karlsruhe und an der konservativen Uni Köln auch gegen den Willen der Hochschulleitung erfolgreich. Der Kongress in Braunschweig soll dazu beitragen, diese engagierten Kräfte zusammenzubringen.

Weitere Informationen einschließlich Kongressprogramm unter www.zivilklausel.org

taz 29.5.2011

Kongress gegen Rüstungsforschung an Unis

Wissen schaffen ohne Waffen

Neubeginn einer Friedenskampagne: Ein bundesweiter Kongress will Kriegsforschung aus deutschen Universitäten raushalten. Einige Unis haben bereits Zivilklauseln. von
WOLFGANG LÖHR

BRAUNSCHWEIG taz | Es soll der Neubeginn einer Friedenskampagne an den Universitäten und Hochschulen werden. Das jedenfalls wünschten sich die rund 100 Teilnehmer der Tagung "Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre – Ja zur Zivilklausel", die am Wochenende an der TU Braunschweig stattfand.

Zum ersten Mal seit 20 Jahren trafen sich Wissenschaftler und Studenten zu einem bundesweiten Kongress gegen Rüstungsforschung und einer zunehmenden Zusammenarbeit von Hochschulen und Bundeswehr. Anlass für das Treffen sind die immer zahlreicheren Initiativen an den Unis für eine Zivilklausel, sagte Reiner Braun von den Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (Ialana).

An einigen Hochschulen gibt es bereits seit längerem Klauseln, mit der sichergestellt werden soll, dass keine Rüstungsforschung betrieben wird. So hat die Universität Bremen seit 1986 eine Zivilklausel, die "jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung an militärischer Nutzung" ausschließt. Ähnliche Vorgaben existieren laut Braun an Unis in Dortmund, Tübingen, Berlin, Oldenburg und Konstanz. In Jena oder München laufen Initiativen für eine Zivilklausel.

In Köln stimmten Ende 2010 65 Prozent der Studierenden für eine solche Klausel. Eine verbindliche Einführung verweigert jedoch die Univerwaltung. Axel Freimuth, Rektor der Universität, befürchte, damit private Geldgeber abzuschrecken, berichtete ein Vertreter der Kölner Initiative.

Am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), ein Zusammenschluss der Universität und des Karlsruher Forschungszentrums, wird von den Gegnern einer Zivilklausel hingegen auf die Freiheit der Forschung verwiesen. Am KIT eskalierte der Streit, da am Forschungszentrum schon seit vielen Jahren eine Zivilklausel besteht, diese aber nicht in den KIT-Gründungsvertrag übernommen wurde. "Jetzt setzen wir auf die neue Landesregierung in Baden-Württemberg", sagte Nadja Brachmann vom Karlsruher Unabhängigen Studierendenausschuss.

Grün-rote BaWü-Koalition ist für Zivilklausel

Sowohl die Grünen als auch die SPD hatten mit der Zivilklausel Wahlkampf gemacht. Die Spitzenkandidaten Winfried Kretschmann (Grüne) und Nils Schmid (SPD) unterschrieben einen öffentlichen Aufruf für die Karlsruher Zivilklausel. Brachmann geht davon aus, dass die Zivilklausel jetzt mit in das Hochschulgesetz aufgenommen wird.

In Niedersachsen gab es schon einmal ein Landeshochschulgesetz mit Zivilklausel, berichtete Dietrich Schulze von der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative. Helga Schuchardt, Wissenschaftsministerin in Hannover unter Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD), habe sie in das Hochschulgesetz mit aufgenommen. Später sei die Klausel wieder gestrichen worden.

Insgesamt an mehr als 40 Universitäten wird "Forschung für den Krieg" betrieben, sagte Braun. Tatsächlich wird die Zahl der in der Rüstungsforschung aktiven Hochschulen noch weitaus höher liegen. Denn eine umfassende Auflistung aller Rüstungsprojekte gibt es nicht. Vom ehemaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) wurde sogar die Auflistung, welche Universität direkt Geld aus dem Verteidigungshaushalt erhalten hat, als "geheim" eingestuft. Einige Jahre zuvor wurde eine fast gleichlautende Anfrage der Linksfraktion noch ohne den Verweis auf den Geheimschutz beantwortet.

Das dürfe so nicht stehen bleiben, war die einhellige Meinung auf der Braunschweiger Tagung. Denn damit könne jeder Uni-Präsident die Auskunft über Bundeswehrprojekte an seiner Hochschule verweigern.

Stärkere Unterstützung für die Zivilklausel dürfte es bald von der Gewerkschaft Ver.di geben. "Zwei Anträge zur Zivilklausel liegen bereits für den Gewerkschaftstag im September vor", berichtete Ver.di-Vertreter Wolfgang Uellenberg. Sollten sie angenommen werden, würden sich die Kollegen vor Ort aktiver für die Zivilklausel einsetzen.

junge Welt 30.5.2011

Netzwerk gegen Rüstungsforschung gegründet

Kongreß in Braunschweig für Zivilklauseln an Hochschulen: Alle Fachrichtungen sind betroffen

Von Claudia Wangerin

An der Technischen Universität Braunschweig hat am Wochenende der erste Kongreß gegen Rüstungsforschung seit über 20 Jahren stattgefunden. Die Veranstaltung endete mit der Gründung des bundesweiten Netzwerks »Hochschulen für den Frieden! – Nein zur Kriegsforschung! – Ja zur Zivilklausel!« Die Universitäten sollen sich demnach in ihren Satzungen verpflichten, Forschung und Lehre nur zu zivilen Zwecken zu betreiben. Über 100 kritische Wissenschaftler, Studierende und Gewerkschafter forderten in der Abschlusserklärung »friedliche und zivile Hochschulen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden«. Gegenwärtig werde an über 40 dieser Einrichtungen in der BRD Forschung für den Krieg betrieben: »Keine Fachrichtung bleibt zivil. Werkstoff- und Laserforschung, Satellitensysteme, Informations- und Nachrichtentechnik, Robotersysteme, Medizin- und Pharmaforschung, Optik und Nanotechnologie, Sport und Sozialwissenschaften, alle Fachrichtungen sind im Fokus der Militärforschung.« Die dafür angeordnete Geheimhaltung beschränke Transparenz und Mitbestimmung an den Bildungseinrichtungen. »Wir wollen sinnvolle Beiträge zur friedlichen Lösung der Probleme und Konflikte dieser Welt leisten«, so die Kongreßteilnehmer. Zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für den Frieden und die Erhaltung der natürlichen

Lebensgrundlagen müsse es eine breite Diskussion geben. Über Zivilklauseln verfügen bereits Hochschulen in Bremen, Berlin, Dortmund, Konstanz, Oldenburg und Tübingen. An weiteren Einrichtungen werden sie von Studierenden und Wissenschaftlern angestrebt oder eingefordert. Zu den Veranstaltern des Kongresses in Braunschweig zählten Organisationen wie der Studierendendachverband FZS, die Naturwissenschaftlerinitiative für den Frieden sowie die Gewerkschaften ver.di und GEW.

Wissenschaft und Frieden Ausgabe 3/2011

Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre – Ja zur Zivilklausel

An über 40 deutschen Hochschulen wird Forschung für den Krieg betrieben.¹ Der Einfluss der Militärs auf die akademische Lehre wächst. Rüstungskonzerne vergeben Forschungsarbeiten, finanzieren Stiftungsprofessuren; Jugendoffiziere der Bundeswehr lehren und das Verteidigungsministerium stellte 2010 insgesamt 1,1 Milliarden Euro für Rüstungsforschung bereit (FAZ, 12.1.11). Der Widerstand gegen die Militarisierung von Forschung und Lehre nimmt konkrete Formen an: Ein bundesweiter Kongress gegen Militarisierung von Forschung und Lehre und für Zivilklauseln fand in Braunschweig statt. Das Netzwerk „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ gründete sich, um die Bündelung lokaler Aktivitäten zu unterstützen und bundeweite Aktivitäten zu entwickeln. Eine umfassende Abschlusserklärung gegen Kriegsforschung und für Zivilklauseln wurde veröffentlicht.

Vernetzen für die Freiheit der Gedanken und der Ideen für eine friedliche, nachhaltige und gerechte Welt

Das Haus der Wissenschaft der TU Braunschweig stand vom 27.-29.5. ganz im Motto Albert Einsteins: *Ich möchte mich lieber in Stücke schlagen lassen, als mich an einem so elenden Tun beteiligen.*

Die Gewerkschaften GEW und ver.di, Studierendenorganisationen und WissenschaftlerInnen-Verbände luden zum ersten bundesweiten Kongress gegen Militarisierung von Forschung und Lehre seit 20 Jahren ein. Über 100 TeilnehmerInnen von mehr als 20 Universitäten, von Gewerkschaften und friedensbewegten Organisationen nahmen an der Veranstaltung teil. Ein älterer Teilnehmer sagte über den Kongress: „Er war darauf gerichtet, die Friedensfrage wieder an die Unis zurück zu bringen“.

Die zunehmende Militarisierung von Forschung und Lehre wurde analysiert, Zusammenhänge der gezielten Militarisierung aller Lebensbereiche und der Indienstnahme für Kriegspolitik erörtert; Strategien für die Abwehr dieser gefährlichen Tendenzen, insbesondere gegen die bewusste Vermischung von zivilen und militärischen Zwecken („dual use“), entwickelt. Im Mittelpunkt des ersten Abends standen aber auch wissenschaftspolitische Alternativen („sustainable science“²) und die großen forschungspolitische Herausforderungen, um allen Menschen auf dieser Welt ein würdevolles Leben zu ermöglichen International wurde sich auf einem Seminar von INES und Union Network International (UNI) ausgetauscht und vernetzt. Der Kongress verstärkte die Vernetzung bestehender Initiativen für Friedensbindung durch Zivilklauseln und verständigte sich über inhaltliche Fragen. Es wurde der Grundgedanke gefordert, Wissenschaft, Forschung und universitäre Lehre sollen den Frieden fördern. Diese können nur im Frieden gedeihen und sollen an zivilen Lösungen für die großen gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts arbeiten. Dieser Grundgedanke

¹ Bundestags-Drucksache 16/10156

² Siehe z.B. „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation“ des WGBU.

muss wieder stärker in das gesellschaftliche Bewusstsein gerückt und Richtschnur für das Engagement aller Hochschulangehörigen werden. Zivilklauseln sind ein Mittel zur Friedensbindung, als bewusster und verbindlicher Ausdruck für die zivile und friedliche Orientierung von Hochschulen!

Deshalb sprachen sich alle TeilnehmerInnen und VeranstalterInnen des Kongresses zur Verbreiterung des Internationalen Appells „Ja zur Friedensbindung der Universitäten – Nein zur Militärforschung. Es ist Zeit zum Handeln!“³ aus. Die Unterzeichnerlisten des Aufrufs, der sich an Universitätspräsidenten und verantwortliche akademische Gremien richtet, soll an die International Association of University Presidents (IAUP) übergeben werden.

Wir sind empört!

Der umfassende Friedensauftrag des Grundgesetzes wurde als bedeutendes Argument gegen die grobe Verletzung der Zivilklauseln an den Universitäten in Bremen und Tübingen gewertet.

Militarisierung von Wissenschaft und Forschung gehen Hand in Hand mit der Militarisierung der ganzen Gesellschaft. Ob nun die Vereinnahmung von Universitäten durch Militärforschung, die Ausfuhr von Kriegsmaterial in andere Staaten⁴, oder die Entsendung der Bundeswehr zur Sicherung von Rohstoffquellen und Transportwegen für die deutsche Wirtschaft – keine dieser Prozesse fördert eine friedliche Entwicklung der Welt; sie sind unvereinbar mit den Grundgedanken des Grundgesetzes.⁵

Frieden beinhaltet die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Gestaltung von sozialen und ökologischen Lebensbedingungen für alle Menschen - ohne Anwendung von Gewalt. Weder Erfindungen der Militärforschung, noch Interventionsarmee und Rüstungsexporte können zum Wohle der Menschheit beitragen. Bei der Friedensfrage geht es immer um die Auseinandersetzung mit struktureller Gewalt.

Durch die militärische und „sicherheitspolitische“ Indienstnahme von Forschung und Lehre werden Partikularinteressen von Investoren bedient und Transparenz, Autonomie, Freiheit und Demokratie der Hochschulen angegriffen und unterlaufen. Sogenannte „wehrwissenschaftliche Forschung“ (BMVG) unterliegt der Geheimhaltung, wird teilweise der zivilen Forschung nach dem „add-on-Prinzip“ übergestülpt und blockiert notwendige Forschung zur Lösung von sozialen und ökologischen Problemen. Durch die Erhöhung der Drittmittelfinanzierung zieht sich der Staat immer mehr aus seiner Verantwortung und verstärkt die Abhängigkeit der chronisch unterfinanzierten Universitäten sowie deren Lehrenden, Angestellten und Studierenden von gewinnorientierten Geldgebern.

Für eine partizipative, demokratische, transparente und an der Lösung der Probleme des 21. Jahrhunderts ausgerichtete Wissenschaft bedarf es jedoch der Sicherstellung ausreichender öffentlicher Mittel für zivile Hochschulen.

Es ist Zeit zum Handeln!

Die Ausrichtung der Wissenschaft auf und deren Beteiligung an der Lösung der zentralen sozialen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfordert eine breite gesellschaftliche Bewegung für Frieden. Für Hochschulen bedeutet dies die Einführung bzw. Einhaltung einer verbindlichen und umfassenden Zivilklausel. Die ausschließlich friedliche Ausrichtung der Wissenschaft – Forschung und Lehre – muss an jeder Hochschule, muss

³ In Englisch auf: www.inesglobal.com

In Deutsch auf: www.natwiss.de

⁴ Siehe z.B. die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“: www.aufschrei-waffenhandel.de

⁵ Dazu u.a.: Deiseroth, Dieter (2010). Das Friedensgebot des Grundgesetzes und der UN-Charta – aus juristischer Sicht. In: Frieden durch Recht. BWV. Berlin.

bundesweit durch breite Unterstützung eingefordert werden. Dazu bedarf es vermehrter Vernetzung, verstärkten Austauschs und besserer Zusammenarbeit zwischen gesellschaftlichen Gruppen.

Die Initiative „Hochschulen für den Frieden! - Nein zur Kriegsforschung! - Ja zur Zivilklausel!“⁶ hat sich zum Ziel gesetzt, diese benötigte gesellschaftliche Bewegung zu fördern und zu entwickeln. Diese Initiative ist offen für jede und jeden, die sich für friedliche Konfliktregelungen einsetzen und gegen die Militarisierung des Wissenschaftssystems wenden. Sie braucht Initiativen an weiteren Hochschulen, Verstärkung für weitere Proteste, Veranstaltungen und Tagungen. Wir werden nicht tatenlos zusehen, wenn an unseren Hochschulen (wieder) für den Krieg geforscht wird. Wir werden es nicht dulden, wenn an unseren Hochschulen wieder militärische Geheimforschung betrieben werden soll – so der Tenor der Tagung, die stark von jungen und beeindruckend engagierten Teilnehmenden geprägt wurde.

Lucas Wirl ist Geschäftsführer der Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V.“ (NatWiss).

Uwe Wötzel ist Gewerkschaftssekretär im Bereich Politik und Planung der ver.di Bundesverwaltung.

⁶ Den Appell finden Sie auf: www.natwiss.de und www.zivilklausel.org